



Gerti FLUHR-MEYER und Paul-Bastian NAGEL

InsektenVielfalt – Initiativen und Perspektiven: Ein Tagungsbericht

Abbildung 1

ANL-Direktor Dieter Pasch begrüßt die 260 Teilnehmenden zum Fachdialog „InsektenVielfalt: Initiativen und Perspektiven“ (Foto: Nicole Höhna/ANL).

Vor dem Hintergrund des ANL-Schwerpunktjahres InsektenVielfalt trafen sich am 20. März 2019 im Münchner Literaturhaus 260 Forscher, Politiker, Naturschützer und Vertreter von Nutzerverbänden zum Fachdialog „InsektenVielfalt: Initiativen und Perspektiven“. Kernthemen waren die Ursachen des Insektenrückgangs und mögliche Handlungsoptionen. Vier Impulsvorträge ausgewählter Experten brachten die Teilnehmenden zunächst auf den aktuellen Wissensstand zum Ausmaß des Problems, zu seinen Gründen und zu den politischen Reaktionen, etwa dem „Aktionsprogramm Insektenschutz“ der Bundesregierung. In der anschließenden Podiumsdiskussion waren sich Nutzerverbände und Unterstützer des erfolgreichen „Volksbegehrens Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ einig, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Es ergaben sich jedoch Meinungsunterschiede hinsichtlich der Art notwendiger Maßnahmen.

Kein Summen, kein Brummen mehr in Wäldern und auf Wiesen. Blühende Landschaften, die verloren gehen. Dass dieses Szenario die Menschen bewegt, zeigte auch das große Interesse an der Veranstaltung. Der Fachdialog war der vorläufige Höhepunkt des ANL-Schwerpunktjahres zum Thema, in dem sich die Akademie in 14 Veranstaltungen und einer „ANLiegen Natur“-Schwerpunktausgabe der Bestandsentwicklung, den Schutzbemühungen und den Strategien zur Stärkung der Insektenvielfalt widmet.

Besondere Brisanz verliehen der Veranstaltung die laufenden Gespräche am „Runden Tisch für mehr Artenvielfalt“ in Bayern, der von Ministerpräsident Markus Söder nach dem erfolgreichen „Volksbegehren Artenvielfalt: Rettet die Bienen“ eingerichtet worden war. Mit Spannung erwartet wurde die Podiumsdiskussion mit Vertretern von Nutzerverbänden (Landwirtschaft, Wald), Natur-

schutzverbänden und Politik. Los ging es aber zunächst mit vier Impulsvorträgen ausgewählter Experten, die über den aktuellen Wissensstand zum Insektenrückgang berichteten.

Insektenrückgang – Vier Impulsvorträge vermitteln aktuellen Stand

Über wissenschaftliche Erkenntnisse zum Insektenrückgang, zu seinen Folgen und politischen Reaktionen informierten in dem von **Dr. Marlene Weiß** aus der Redaktion Wissen der Süddeutschen Zeitung moderierten Fachdialog, **Dr. Peter Boye** vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, **Prof. Josef Settele** vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Halle, **Prof. Wolfgang W. Weisser** von der Technischen Universität München und **Dr. Andreas Krüß** vom Bundesamt für Naturschutz. Ihre wesentlichen Aussagen zeigten alle die gleiche Tendenz:

- Die in Medien und Öffentlichkeit viel beachtete Untersuchung des Krefelder Entomologischen Vereins, die in untersuchten Schutzgebieten einen Rückgang der Insektenbiomasse um mehr als 75 Prozent innerhalb von 27 Jahren gezeigt hat, bestätigt ein Phänomen, das Forscher schon lange beobachten.
- Es schwindet sowohl die Masse an Insekten als auch die Zahl ihrer Arten. Das zeigen die Ergebnisse weiterer Langzeituntersuchungen. Am umfassendsten beurteilen die „Roten Listen gefährdeter Tiere“ die Lage. In diesen sind von den zirka 33.000 deutschen Insektenarten 7.444 Arten bewertet. 44 Prozent davon sind im langfristigen Trend rückläufig – darunter alle 300 Köcherfliegenarten, deren Larven als Indikator für intakte Fließgewässer gelten. Der Bestäubungsbericht des Weltbiodiversitätsrats (IPBES), wonach weltweit 40 Prozent der Bienenarten gefährdet sind, das seit 1990 laufende europäische Tagfalter-Monitoring, das einen Gesamtrückgang aller Grünland-Schmetterlingsarten um 30 Prozent zeigt, und das Tagfalter-Monitoring Deutschland (TMD) belegen diese Entwicklung.
- Um die Situation der Insekten umfassend zu beurteilen, fehlen Daten, Personal und Experten. In den Roten Listen Deutschlands sind deshalb nur die Artengruppen der Libellen (2017/18) sowie der Tagfalter und Heuschrecken (2016) auf dem neuesten Stand. Alle anderen Erhebungen stammen von 2003 und früher. Längst nicht alle Arten sind erfasst. So ist von den 10.000 bayerischen Zweiflügler-Arten nur knapp ein Fünftel bewertet. „Wir brauchen bezahlte Jobs und müssen Interessierten eine Perspektive bieten“, betonte Dr. Boye. Er plädierte für den Erhalt von Sammlungen wie der Zoologischen Staatssammlung in München und die Einrichtung eines bayerischen Artenschutzentrums.
- Fehlen die Insekten, werden auch die Funktionen nicht mehr ausreichend erfüllt, die sie in Naturhaushalt und Landwirtschaft haben. Laut Prof. Weisser sind sie an allen Funktionen in Ökosystemen beteiligt – als Nahrung, Räuber, Pflanzenfresser, Bestäuber, Regulierer dominanter Arten oder bei Abbauprozessen. Ihr Rückgang beeinflusst andere Tierarten, die Qualität von Böden, die Selbstreinigung von Gewässern und vieles mehr. Besonders dramatisch sind die Auswirkungen auf die Landwirtschaft: 35 Prozent der globalen Nahrungsmittelproduktion hängt von Insekten ab. Die artenreichste Klasse des Tierreichs bestäubt 70 Prozent der weltweit wichtigsten Nutzpflanzenarten. Dungkäfer, deren Larven durch das bei Rindern gegen Parasiten eingesetzte Ivermectin abgetötet werden, sind beteiligt am Abbau von 744 Millionen Kilo Kot, den Deutschlands Rinder jeden Tag produzieren. Ganz wesentlich und oft unterschätzt ist die Rolle, die Insekten bei der natürlichen Schädlingsbekämpfung spielen.
- Die Hauptgründe für den Insektenrückgang sind Lebensraumverlust und die stofflichen Belastungen. Verantwortlich sind unter anderem Bodenversiegelung und -verdichtung, Landnutzungswandel, intensive Bewirtschaftung, häufiges Mähen, Einsatz von Nährstoffen und insektenschädlicher Chemie (Pestizide), Rückgang der Pflanzenvielfalt, aber auch die Lichtverschmutzung, die vor allem nachtaktive Insekten in bewohnten Gebieten dezimiert. Insgesamt sei es aber schwierig, die Rückgänge bestimmten Ursachen zuzuordnen. „Korrelationen sind keine Kausalitäten“, betonte Prof. Settele. Klar sei aber: „Nahrung, Nistmöglichkeiten und Habitate gehen in landwirtschaftlichen, urbanen und naturnahen Bereichen verloren.“
- Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag daher ein „Aktionsprogramm Insektenschutz“ und die Einrichtung eines wissenschaftlichen Monitoring-Zentrums vereinbart. Beide Vorhaben befinden sich derzeit in den Ressortabstimmungen. Mit dem sogenannten „Insekten-Call“ fördert der Bund darüber hinaus Projekte mit Pilotcharakter zum Schutz von Insekten und zur Förderung der Insektenvielfalt im Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“: Bereits 94 Anträge sind eingegangen.
- Auf europäischer Ebene ist laut Dr. Krüß eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2020 notwendig, die für Landwirte Anreize schafft, naturverträglich zu wirtschaften und den bürokratischen Aufwand dafür reduziert.

Podiumsdiskussion:

Es besteht Handlungsbedarf – doch bei der Umsetzung ist man sich uneins

Es ist dringend nötig, etwas gegen den Rückgang der Insekten zu tun. Darüber waren sich alle Teilnehmer der anschließenden Podiumsdiskussion einig. Doch über das „Wie“ bestehen deutliche Meinungsunterschiede. Es diskutierten **Stefan Köhler**, Vorsitzender des Landesfachausschusses für Umweltfragen des Bayerischen Bauernverbands (BBV), **Josef Ziegler**, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbands, **Rosi Steinberger**, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag (B'90/ die Grünen), **Dr. Norbert Schäffer**, Vorsitzender des Landesbund für Vogelschutz (LBV) und

Richard Mergner, Landesvorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern (BN).

Auf die einleitende Frage, **wie der Insektenrückgang hinsichtlich zu treffender Maßnahmen zu bewerten sei**, betonten auch die Nutzerverbände, es sei unbestritten, dass gehandelt werden müsse. „Das Volksbegehren hat gezeigt, dass die Gesellschaft eine Veränderung will“, stellte Stefan Köhler (BBV) fest. Nötig seien aber „validere“ wissenschaftliche Daten, vor allem auch zur Wirksamkeit von Maßnahmen. Eventuelle Ertragsausfälle durch Aktionen zum Insektenschutz seien zu erstatten.

Dem entgegneten die Unterstützer des Volksbegehrens, dass die vorhandenen Daten ausreichen würden. Notwendig seien sofortige Schritte. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens sei eine Messlatte, unter die man schon wegen der 1,7 Millionen Unterstützer nicht gehen könne. Es gehe dabei nicht nur um die Landwirtschaft. Deren Intensivierung stelle jedoch ein zentrales Problem beim Insektenrückgang dar. Deshalb betreffen diesen Sektor viele Maßnahmen im Gesetzentwurf.

Ob dabei Blühstreifen ausreichen oder ob eine grundsätzliche Änderung der intensiven Landwirtschaft nötig ist, war für den Vertreter der Landwirte eine obsoleete Frage, denn es gehe nicht nur um Blühstreifen, sondern auch um artenreiches Grünland. Im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) würden zum Beispiel in Unterfranken besonders viele Flächen gefördert. Stefan Köhler (BBV) verwies darauf, dass die Landwirte bereits einiges tun. Etwa die Hälfte der bayerischen Landwirte nehme an Agrar-Umweltprogrammen teil, die nicht nur den Artenschutz, sondern auch Klima- und Gewässerschutz zum Ziel hätten. Wichtig sei, dass es keine wirtschaftlichen Einbußen gebe und die Wissenschaft feststelle, welche Maßnahmen notwendig und wirksam seien. Dann könne KULAP ausgeweitet werden. Eine 100-Prozent-Kehrtwende zum Ökolandbau sei nicht möglich, diese müsse Schritt für Schritt ausgebaut werden.

Den Unterstützern des Volksbegehrens ging diese Aussage nicht weit genug. Notwendig sei ein drastisches Umsteuern der Agrarpolitik auf EU-, Bundes- und Bayernebene. Ziel seien Bedingungen, die es Landwirten ermöglichen, hoch qualitative Lebensmittel zu produzieren und gleichzeitig Tiere und Pflanzen zu erhalten. „Wenn im Allgäu ehemalige Blühwiesen sechs bis sieben Mal geschnitten und zwischendurch gegüllet werden, finden sich keine Insekten mehr“,



Abbildung 2

Podium (von links): Stefan Köhler (BBV), Dr. Norbert Schäffer (LBV), Richard Mergner (BN), Moderatorin Dr. Marlene Weiß (Süddeutsche Zeitung), Rosi Steinberger (MdL, Ausschussvorsitzende für Umwelt und Verbraucherschutz), Josef Ziegler (Bayer. Waldbesitzerverband) (Foto: Nicole Höhna/ANL).

meint Richard Mergner (BN). Wichtig sei, dass Maßnahmen für Natur und Umwelt überprüft würden. „Wir geben viel Geld aus und die Arten nehmen trotzdem ab“, sagte Dr. Norbert Schäffer (LBV). „Es werden Maßnahmen gefördert, die in den Betriebsablauf passen, aber nicht zur Biologie eines Schwalbenschwanzes oder einer Feldlerche.“ Das betreffe das bayerische Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) genauso wie die „Greening“-Maßnahmen der EU. Rosi Steinberger (Umweltausschussvorsitzende im Bayerischen Landtag) betonte, dass eine Überprüfung nur möglich sei, wenn an den unteren Naturschutzbehörden der bayerischen Landratsämter ausreichend Personal vorhanden sei. Das sei bislang bei weitem nicht der Fall.

Kritik an den Plänen im Staatswald übte der Bayerische Waldbesitzerverband, als es um die Forderung ging, **den Erhalt der Biodiversität im Staatswald als vorrangiges Ziel im Gesetz festzulegen**.

Auch im Staatswald müsse weiter das Prinzip „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ gelten. Ein übergeordnetes Ziel „Erhalt der Biodiversität“ im Bayerischen Naturschutzgesetz würde laut Josef Ziegler (Bayerischer Waldbesitzerverband) fallweise Entscheidungen zugunsten anderer Ziele auf 800.000 Hektar Staatswald unmöglich machen. Das schösse aus Sicht des Waldbesitzerverbands über das Ziel hinaus und würde einen Paradigmenwechsel darstellen.

Im Staatswald sollte nicht die Rendite im Vordergrund stehen, sondern biologische Vielfalt und Klimaschutz, betonten dagegen die Unterstützer des Volksbegehrens. Nicht nur das Bayerische Naturschutz-, sondern auch das Waldgesetz müsse dahingehend verbessert werden. Im Staatswald bedeute laut Dr. Norbert Schäffer (LBV) „mehr Biodiversität“ zehn Prozent Flächenstilllegung, wie sie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgelegt seien. „Konkret heißt das:

zwei große Schutzgebiete, eines im Auwald an der Donau und eines im Laubwald Steigerwald. Die anderen Prozent verteilen wir über Bayern und machen noch ein bisschen was an Waldsäumen“, konkretisierte Schäffer.

Ob die Bauern der Natur etwas mehr zurückgeben müssen als bislang, wurde vom Bauernverbandsvertreter differenziert gesehen. Wenn Anreize geschaffen würden, seien die Landwirte laut Stefan Köhler (BBV) zu mehr Umwelt- und Naturschutz bereit. Er plädierte dafür, bestehende Agrar-Umweltmaßnahmen so umzubauen, dass die Artenvielfalt besser gefördert wird. Zu strenge Vorgaben, wie starre Schnittzeitpunkte, seien zu vermeiden, da die Landwirte hier regional stark unterschiedliche Anforderungen berücksichtigen müssten. Vereinfacht werden müssten die bürokratischen Auflagen. Viele Landwirte würden aus Angst vor Sanktionen keine Blühstreifen und Ähnliches anlegen. Er warnte davor, Umschichtungen innerhalb der beiden Säulen der

EU-Agrarförderung zugunsten von Umweltmaßnahmen zu fordern, da dieses Geld dann den Landwirten fehle.

Dies sahen die Unterstützer des Volksbegehrens anders. Notwendig sei ein Systemwechsel, damit mehr Bauernhöfe überleben können. Es müsse der Grundsatz gelten: „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. 69 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Bayern seien Richard Mergner (BN) zufolge Pachtflächen. Die Fördergelder für sie kämen also nicht direkt den Landwirten zugute, die sie bewirtschaften.

„Nehmen wir auch den Staat in die Pflicht“, meinte in diesem Zusammenhang Rosi Steinberger (Umweltausschussvorsitzende). „Machen wir verpflichtende Gewässerrandstreifen. Das meiste im Volksbegehren bindet den Freistaat und nicht den Landwirt. Wenn der Freistaat mit Vorbildcharakter vorangeht, kämen wir schnell weiter.“

In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum wurde von Teilnehmenden kritisiert, dass die Diskutanten zu wenig konkret würden. Es sei an der Zeit, gemeinsam Maßnahmen auch umzusetzen. Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, die Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft zu stärken. Diese sei essenziell für Insekten. Die Strukturen müssten so dimensioniert sein, dass sie frei von Insektiziden, Pestiziden und Düngemitteln bleiben. Die Forderung nach mehr Personal an den Naturschutzverwaltungen wurde wiederholt. Dies sei Voraussetzung, um die geplanten gesetzlichen Änderungen auch umsetzen und kontrollieren zu können.

Wie geht es nun nach dem erfolgreichen Volksbegehren weiter, welche konkreten Maßnahmen werden umgesetzt? Dies und vieles mehr wird Gegenstand des abschließenden Fachsymposiums zum ANL-Schwerpunktjahr „InsektenVielfalt“ am 6. Dezember 2019 in München.

Weitere Informationen zum ANL-Schwerpunktjahr 2019 „InsektenVielfalt“ finden Sie unter: www.anl.bayern.de/projekte/insektenvielfalt/index.htm.

Autoren



Gerti Fluhr-Meyer,
Jahrgang 1961.

Diplom-Biologin und freie Journalistin, Redakteurin und Autorin mit den Schwerpunkten Natur- und Umweltschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz. Tätigkeit für die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, den Verbraucher-Service Bayern, das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt und viele andere.

+49 89 57968814
g.fluhr-meyer@online.de



Paul-Bastian Nagel,
Jahrgang 1985.

Studium der Umweltwissenschaften und Umweltplanung in Oldenburg und Berlin. Von 2011 bis 2014 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter der TU Berlin für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Referat Windenergie und Wasserkraft beschäftigt. Seit 2014 an der ANL im Fachbereich Landschaftsentwicklung und Umweltplanung tätig.

Bayerische Akademie für
Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)
+49 8682 8963-47
paul-bastian.nagel@anl.bayern.de

Zitiervorschlag

FLUHR-MEYER, G. & NAGEL, P.-N. (2019): InsektenVielfalt – Initiativen und Perspektiven: Ein Tagungsbericht. – ANLien Natur 41(1): 53–56, Laufen; www.anl.bayern.de/publikationen